

Februar 2008

Reaktionen und Positionen zum Thema „Bürokratismus und Missstände bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“

POLITIK

- **Volker Beisel**, Mannheimer **FDP Stadtrat**, plädiert für höhere Wertgrenzen bei freien Vergaben, wie in anderen Bundesländern üblich. Auch durch niedrigere Kosten bei Gewerbesteuer, Müll, Bauland und Mieten könnte sich die Wettbewerbssituation der Mannheimer Betriebe verbessern.
- **Helmut Lupke**, Geschäftsführer der Mannheimer **SPD Fraktion**, setzt sich ebenfalls für höhere Beträge bei freien Vergaben ein, um den lokalen Entscheidungsträgern Spielraum bei der Lieferantenauswahl einzuräumen.
- **Dr. Fulst-Blei**, **Fraktionsvorsitzender SPD** Mannheimer Gemeinderat, holt telefonisch genauere Informationen ein, da Schreiben einer „anerkannten Firma“ wie der unsrigen die allgemeine lebhaftere Diskussion weiter anregt. SPD Fraktion „kämpft an allen Fronten“.
- **Helen Heberer**, **SPD Landtagsfraktion BW**, fordert die verbindliche Festlegung höherer Wertgrenzen. Der im November zwischen Landesregierung und Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) beschlossene Kompromiss (Orientierungswerte von 20.000 EUR für Freivergabe und 75.000 EUR für beschränkte Ausschreibungen) gehe nicht weit genug. Ein entsprechender Antrag wird in den Landtag eingebracht.
- Der Mannheimer **CDU Stadtrat Richard Karl** bestärkt uns in unserer Position und verweist darauf, dass sein Fraktionskollege Erwin Feike die Missstände im öffentlichen Auftragswesen auch auf Landesebene adressiert.
- **Helmut Rolli**, Leitender Verwaltungsdirektor der **Bürgerdienste Mannheim**, bedauert die eingeschränkten Entscheidungsspielräume lokaler Institutionen.
- **Carsten Südmersen**, Fraktionsvorsitzender der **CDU Gemeinderatsfraktion** verweist auf den Arbeitskreis Vergaberichtlinien, dessen Zielsetzung die stärkere Berücksichtigung ortsansässiger Unternehmen ist. Da dies stark von Bundes- und Landesgesetzgebung beeinflusst wird, bemüht man sich auch auf Landesebene um stärkere Berücksichtigung.
- **Prof. Ralph Landsittel**, **CDU Fraktion** setzt sich innerhalb der CDU Fraktion für einen Antrag an die Stadtverwaltung ein zur Verbesserung der herrschenden Zustände.

- **Wolfgang Raufelder, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat Mannheim** bedauert, dass der seit 2003 bestehende „Arbeitskreis Vergabe“ bisher noch zu keinen Verbesserungen geführt hat. Überzeugt, dass nur Initiativen auf EU-, Bundes- und Landesebene weiterhelfen, informiert er den Mannheimer Bundestagsabgeordneten Dr. Gerhard Schick über unser Schreiben.
- **Dr Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** schickt uns eine Kopie des im Oktober 2007 im Deutschen Bundestag gestellten Antrags „Für ein transparentes, mittelstandsfreundliches, innovationsoffenes und soziales Vergaberecht“. Dieser fordert eine Vereinfachung und Entbürokratisierung des geltenden Rechtes und plädiert u.a. für eine bessere Berücksichtigung ethischen, sozialen und ökologischen Engagements, wie bspw. besondere Ausbildungsbereitschaft. Er schlägt u.a. folgende Einführungen vor:
 - bundeseinheitliche Bagatellgrenze von 30.000 EUR für Bauleistungen
 - bundesweites Korruptionsregister zwecks Ausschluss von der Vergabe
 - Mindestbearbeitungszeit von 14 Tagen für Angebote
 - Vereinfachung dringlicher Aufträge und Nachbestellungen
 - Möglichkeiten für flexible und kurzfristige Vergaben
- **Bürgermeister Quast** hat Verständnis für umfangreiche Leistungsbeschreibungen zur Vergleichbarkeit der Angebote, vergabefremde Zwecke werden in seinem Bereich nicht berücksichtigt. Knapp 50% seiner städtischen Aufträge gingen an lokale Anbieter, bei relativ geringer Beteiligung von Handwerkern. Er begrüßt den Wunsch nach Bürokratieabbau und verweist hierbei auf
 - die Vergaberechtsreform des Bundes
 - das Mittelstandsförderungsgesetz des Landes
 - die Internet-Vergabepattform der Metropolregion
 - die Ministerpräsidenten der Metropolregion sind aufgefordert, länderübergreifende Wertgrenzen für freihändige Vergaben einzuführen
 - ein vereinfachter Formularsatz für Ausschreibungen und eine gemeinsame elektronische Vergabepattform sind in BearbeitungUnsere Schreiben werden an die betroffenen Fachbereiche weitergeleitet, mit der Aufforderung zur Nutzung von Verbesserungsmöglichkeiten
- **Ottmar Schmitt, Fachbereich für Wirtschafts- und Strukturförderung der Stadt Mannheim**, schließt sich der Meinung von Bürgermeister Quast an. Alle genannten Initiativen werden von seinem Bereich voll unterstützt.

- **Lothar Mark, MdB SPD**, leitete unser Anliegen an Bundeswirtschafts- und finanzministerium weiter:
 - **Karl Diller, Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium**, betont, dass das geltende deutsche Vergaberecht (basierend auf den EU-Richtlinien) dem „wirtschaftlichsten Angebot“ den Vorzug gibt vor dem „niedrigsten Preis“. Dadurch könnten neben dem Angebotspreis auch Lebenszykluskosten berücksichtigt werden. Änderungen im deutschen Recht seien auch bei Vergaberegeln gebunden an EU Recht.
 - **Dagmar Wöhrl, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium**, verweist darauf, dass Wirtschaftlichkeit wichtiger sei als der pure Angebotspreis. Dies werde bekräftigt in der in Kürze in Kraft tretenden „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen“. Sie schreibe die Berücksichtigung der voraussichtlichen Betriebskosten über die Nutzungsdauer vor, vor allem Energiekosten sowie Abschreibungs- und Entsorgungskosten. Die Bevorzugung ortsansässiger Anbieter verstoße dagegen gegen geltendes Recht (Behinderung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs). Änderungen der geltenden Vergaberegeln, insbes. hinsichtl. Umfang vorzulegender Nachweise, seien in der Verantwortung des Deutschen Verdingungsausschusses für Bauleistungen (DVA), in dem alle involvierten Parteien vertreten seien.
- **Prof. Achim Weizel, Stadtrat Mannheimer Liste**, steht hinter unserem Anliegen und bedauert, dass im vorliegenden Fall der Aspekt der Folgekosten nicht genügend berücksichtigt wurde. Das Problem werde in der nächsten Sitzung des Vergabeausschusses von seinem Kollegen Rolf Dieter entsprechend vorgetragen.

VERBÄNDE, VEREINE, INSTITUTIONEN

- **Alex Wolf**, bei der **IHK Mannheim**, begrüßt die Initiative und leitet unsere Schreiben zur Unterstreichung der eigenen Position an DIHK und Wirtschaftsministerium weiter. Die **IHK Rhein-Neckar** vertritt folgende Punkte:

- Die Einbindung vergabefremder Aspekte (Tariftreue, Ausbildungsquote, Umweltschutz, etc.) wird abgelehnt, da die Gründe für arbeits-/ umweltpolitisches Verhalten der Firmen außerhalb der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen liegen. Die Einbindung in Vergaberichtlinien sei bspw. ungeeignet für die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft. Dies könne besser durch gezielte Förderprogramme erreicht werden. Außerdem führe die Einbeziehung vergabefremder Aspekte zu erhöhten Angebotspreisen, Intransparenz, mehr Bürokratie, weniger Objektivität und weniger Wettbewerb.
- EU-konforme bundes-einheitliche Verschlinkung der Regelungen führt zu Bürokratie-Abbau (Bsp Metropolregion: Derzeit gelten drei verschiedene Landesregelungen)
- Priorität für offenes Verfahren statt willkürlicher Wechsel zwischen einzelnen Verfahren
- Einrichtung von Schiedsstellen zur Mediation bei Problemen der Auftragsvergabe
- Einführung einheitlicher Bagatellgrenzen
- Beschränkung der Präqualifizierung auf rein formelle Prüfung
- Einsparungsmöglichkeiten und erhöhte Rechtssicherheit durch elektronische Vergabeplattformen

- **BWIHK** tritt in der AG Vergabepaxis gegen eine Erhöhung der Wertgrenzen ein, aus
 - wirtschaftspolitischen Gründen (Zersplitterung des Regelwerks behindert landesgrenz-überschreitende Ausschreibungsbeteiligung, führt zu regionaler Marktsegmentierung)
 - ordnungspolitischen Gründen (Begünstigung von Korruption / „Hoflieferantentum“)
 - europarechtliche Vorbehalte (Verstoß gegen EU Primärrecht)
 - ökonomische Gründe (höhere Preise durch fehlenden Wettbewerb)

Der vom Wirtschaftsministerium vorgeschlagene Kompromiss (Wertgrenzen für Bauaufträge (VOB/A): 20.000 EUR freihändig, 40.000 EUR beschränkt; für Lieferaufträge (VOL/A): 10.000 freihändig, 40.000 beschränkt) wird unter folgenden Bedingungen zugestimmt:

- Wertgrenzen sind Empfehlungen, keine verbindliche Regelung (öffentliche Ausschreibung soll immer möglich sein)
- keine weiteren Erhöhungen in der Zukunft, Planungssicherheit
- bundeseinheitliche Regelung wird angestrebt

- **DIHK** wirbt für ein mittelstandsfreundlicheres Vergaberecht durch:
 - Einheitliche, allgemein zugängliche und kostenfreie I-Plattform für alle föderalen Ebenen
 - Angemessene Frist für Angebotsabgabe (Vielzahl von Nachweisen!)
 - Vereinfachung der Nachweispflicht durch ein schlankes und kostengünstiges Präqualifizierungsverfahren (z.B. IHK Zertifikat)
 - Möglichkeit der rechtlichen Überprüfung der Vergabeverfahren auch für Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerten (Bau 5,278 Mio. EUR, Lieferungen 211.000 EUR)
 - Ausschreibung in vernünftigen Größenordnungen (Fach- / Teillose, entgegen Bildung öffentlicher Nachfragegemeinschaften)
 - Bekämpfung allein preisorientierter Vergaben (inverse Internetauktionen, elektronische Katalogbeschaffung)

- **HWK Mannheim Rhein Neckar Odenwald** ist Mitglied im Arbeitskreis Vergabe und fordert die bessere Nutzung der bestehenden Entscheidungsspielräume der Kommunen sowie die Einführung höherer Wertgrenzen in der Region. Sie bemängelt die Bürokratie-fördernden Vorgaben der EU und setzt auf Verbesserungen durch die Einführung der elektronischen Vergabe, möglichst mit einheitlichen digitalen Plattformen.

- **Joachim Dörr, Hauptgeschäftsführer BdS**, auf Initiative seines Verbandskollegen Wolfgang Bauer: BdS setzt sich für eine weitere Anhebung der seit 01/08 geltenden Wertgrenzen (s.o.) ein, insbes. bei, für das Handwerk bedeutsamen, beschränkten Ausschreibungen. Derzeit bestehe durch die uneinheitlichen Regelungen in den Bundesländern eine deutliche Wettbewerbsverzerrung. Regionale mittelständische Bieter bräuchten faire Wettbewerbschancen gegenüber Billiganbietern.

- Das **Mannheimer Stadtarchiv** äußert Verständnis falls „angesichts der Querelen mit der städtischen Vergabepraxis und des vielfältigen Kultursponsorings“ unsere langjährige Unterstützung künftig eingeschränkt würde. Dies wird selbstverständlich nicht der Fall sein.

- **Wolf-Rainer Lowack**, Geschäftsführer der **Metropolregion Rhein Neckar GmbH**, sieht das Engagement der lokal Verantwortlichen als wichtigsten Erfolgsfaktor für Entbürokratisierung. Ziel des Projektes „Wirtschaft trifft Verwaltung“ ist die Verbesserung der Verwaltungsabläufe und –strukturen in der Metropolregion. Schwerpunkt 2008 wird die Vereinheitlichung und Entschlackung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Angestrebt werden transparente, effiziente Ausschreibungsverfahren, einheitliche Wertgrenzen und möglichst viel Spielraum für freie Vergaben. Die größte Herausforderung dabei sei es, die drei Bundesländer auf gemeinsame Standards einzuschwören.

WIRTSCHAFT

- In der IHK Vollversammlung findet unser Anliegen breite Zustimmung. Viele Firmen in der Region kämpfen mit ähnlichen Schwierigkeiten bestätigt z.B. die **Sax & Klee GmbH**.
- **Herr Pohlmann, Consulting AG** teilt und unterstützt unsere Position.
- **Lothar Stöckbauer** kritisiert den „bürokratischen Unfug“, dem Firmen ausgesetzt sind.
- **Richard Engelhorn** sieht uns auf dem richtigen Weg und wird das Thema ebenfalls bei OB Kurz adressieren; sieht aber wenig Chancen den Bürokratismus einzudämmen.
- **Dr Rainer Preusche** sieht bei öffentlichen Auftraggebern besonders ausgeprägte Vorsicht und ein erhöhtes Absicherungsbedürfnis als Teilursache des Bürokratismus. Er wird private Kontakte zur EU Wettbewerbskommission nutzen, um die weitere Vorgehensweise zu optimieren. Zudem empfiehlt er, entsprechende Interessensorganisationen, wie den EU-Verband der IHK, für das Thema weiter zu sensibilisieren.
- **Joseph Neuberger, Ruetgers GmbH**, teilt unsere Erfahrung, dass ortsansässige Firmen „ausgebremst“ werden, ohne Beachtung der langfristig höheren Wartungskosten. (Ein entsprechender Leserbrief im MM wurde nicht gedruckt.)
- **Schilling Elektro** kämpft auch seit Jahren gegen bürokratische Auswüchse und begrüßt unsere Schreiben.
- **Heinrich Graeff, Graeff Container & Hallenbau GmbH**, hat ähnliche Erfahrungen: Formfehler würden vorgeschoben um andere Anbieter vorzuziehen. Er schlägt einen Wirtschaftsexperten-Kreis vor, wie in anderen Städten bereits praktiziert, der auf bessere Lösungen für die Stadt Mannheim zielt. OB Kurz stehe dem positiv gegenüber.

MEDIEN

- **Herr Scharff** vom **SWR** möchte die öffentliche Diskussion weiter intensivieren. Das Interview mit Karlheinz und Stefan Lochbühler sendete das Kurpfalzradio am 28.01.08.
- **Herr Siegelmann**, Geschäftsführer **RNF**, plant, die Thematik in Kürze aufzunehmen.